

Jugendpolitische Forderungen

Der Landesjugendring Niedersachsen setzt sich für eine kinder- und jugendgerechte Kommunalpolitik ein, die jungen Menschen echte Chancen, Beteiligung und verlässliche Rahmenbedingungen bietet. Kommunen sind Lebensorte junger Menschen – hier entscheidet sich, ob sie sich entfalten, beteiligen und sicher aufwachsen können. Deshalb fordert der Landesjugendring, Jugendarbeit, politische Jugendbeteiligung, soziale Gerechtigkeit, Mobilität und Klimaschutz als zentrale Zukunftsaufgaben vor Ort verbindlich zu gestalten.

Förderung der Jugendarbeit

Jugendarbeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu gesellschaftlicher Teilhabe, Demokratiebildung, Inklusion und Persönlichkeitsentwicklung. Eine flächendeckende und gut ausgestattete Jugendförderung muss daher gewährleistet und langfristig finanziell abgesichert werden – insbesondere für kommunale Jugendringe als zentrale Koordinations- und Vertretungsstrukturen der jungen Generation. Bürokratische Hürden sind deutlich abzubauen, damit Fördermittel niedrigschwelliger beantragt und abgerechnet werden können. Ebenso braucht Jugendarbeit Räume, die sicher und dauerhaft zur Verfügung stehen: Offene Treffpunkte, Begegnungsorte und nicht -kommerzielle Freiflächen dürfen nicht verloren gehen, denn Jugend braucht Räume – überall in Niedersachsen.

Jugendarbeit ist eine wesentliche kommunale Infrastrukturleistung und darf nicht als freiwillige Aufgabe verstanden werden – sie ist Pflichtaufgabe und muss verbindlich gefördert werden!

Politische Jugendbeteiligung

Junge Menschen sind Expert*innen ihres eigenen Lebens. Kommunale Entscheidungen müssen sie daher verbindlich mitgestalten können. Die gesetzliche Grundlage zur Beteiligung junger Menschen (§ 36 NKomVG) muss in allen Kommunen konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden. Beteiligung muss vielfältig, niedrigschwellig und jugendgerecht organisiert sein – nicht beschränkt auf wenige Jugendparlamente oder -räte, die überwiegend elitär besetzt sind. Jugendringe müssen als demokratisch legitimierte Interessenvertretungen junger Menschen mit strukturell verankerten Mitspracherechten ausgestattet werden. Darüber hinaus muss Politik junge Menschen ernst nehmen – auch im Wahlprozess: Das Wahlalter soll auf 14 Jahre gesenkt werden.

Gerechtigkeit - sozial und nachhaltig

Soziale Gerechtigkeit ist die Grundvoraussetzung für echte Teilhabe. Junge Menschen dürfen nicht wegen ihrer sozialen oder finanziellen Hintergründe und insbesondere nicht abhängig ihres Wohnorts benachteiligt werden – gleichwertige Lebensverhältnisse müssen überall gewährleistet sein. Deshalb braucht es einen kostengünstigen und verlässlich ausgebauten ÖPNV, insbesondere im ländlichen Raum. Es bedarf einer starken Förderung von Freizeiten, Jugendzentren, Kultur- und Bildungsangeboten zu jugendgerechten Öffnungszeiten und die Schaffung von Räumen ohne Konsumzwang.

Eine zukunftsfähige Jugendpolitik muss zudem Mobilität und Infrastruktur neu denken:

Landesjugendring Niedersachsen e.V. Zeißstraße 13 30519 Hannover
Telefon 0511 5194510 E-Mail info@ljr.de Internet www.ljr.de

Vereinsregister Amtsgericht Hannover, Nr. 4479
Vertretungsberechtigter Vorstand: Ann-Marie Reimann, Nils Lüking, Kimberly Haarstik, Finn-Niklas Gerken

Bankverbindung: Hannoversche Volksbank, IBAN: DE36 2519 0001 0541 4415 00, BIC: VOHADE2H

Mobilität beginnt beim Menschen und muss allen jungen Menschen verlässliche Wege zu Bildung, Freizeit und Begegnung ermöglichen. Dazu gehören moderne Mobilitätskonzepte wie bedarfsgerechter On-Demand-Verkehr, mehr Carsharing-Angebote im ländlichen Raum sowie eine sichere Rad- und Fußwegeinfrastruktur.

Bezahlbares und junges Wohnen muss durch kommunale- und Landesverantwortung sichergestellt werden. Sozial orientierte Wohnraumpolitik, Übergangswohnangebote wie Azubi-Wohnheime (eng verknüpft mit der Gründung von Azubiwerken) und der Erhalt nicht-kommerzieller Räume, die Lebensqualität und Zusammenhalt stiften, sind notwendige Gestaltungselemente der Kommunen. Das Land Niedersachsen, insbesondere die Landesregierung, muss dafür die entsprechenden Weichen stellen und die Finanzierung sicherstellen.

Schließlich ist der Klimaschutz eine zentrale generationengerechte Aufgabe. Die Verkehrswende muss vorankommen, Flächenplanung muss ökologisch verantwortungsvoll erfolgen und Klimabildung muss in Schulen wie in der außerschulischen Jugendarbeit gestärkt werden. Räume der Jugendarbeit sind nachhaltig zu sanieren und kommunale Einrichtungen sollen klimafreundlich wirtschaften. Kommunen tragen Verantwortung dafür, jungen Menschen eine lebenswerte Zukunft zu sichern - und sie müssen diese Zukunft gemeinsam mit ihnen gestalten.

Die Kommune muss als handlungsfähiger Staat erlebbar bleiben - erreichbar, gerecht und wirksam.

Der Landesjugendring Niedersachsen fordert zur Kommunalwahl 2026:

Eine Politik, die junge Menschen als vollwertige Bürger*innen anerkennt - mit Recht dem Recht auf Wahlbeteiligung ab 14, mit Ressourcen, die für alle zugänglich sind und mit echter Gestaltungsmacht.

Nur so bleiben unsere Städte und Gemeinden lebenswert und lebendig - heute und für kommende Generationen.